

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

135 (12.6.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-580334](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-580334)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstingen, Petersstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Beleglohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die sechs-spaltige Zeitspalte oder deren Raum für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie bei Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Einzelnummern unerschöpflich. Reklamenzelle 50 Pf.

27. Jahrgang.

Rüstingen, Donnerstag den 12. Juni 1913.

Nr. 155.

Das Erbrecht des Staates.

Am Dienstag trat die Budgetkommission des Reichstags in die Beratung des Erbrechts des Staates ein. Der Staat soll gesetzlicher Erbe werden, wenn Abkömmlinge von den Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen zur gesetzlichen Erbschaft berufen sind. Die Regierung schlägt die gesamte Einnahme aus dem Erbrecht des Staates auf 20,6 Millionen, von denen rund 15 Millionen dem Reich, der Rest den Bundesstaaten zufallen würden. Das Zentrum beantragte, das Erbrecht des Staates erst bei den Seitenverwandten der fünften Erbrechtsordnung eintreten zu lassen. Die Volksparteier beantragten, nur zu sagen, wenn Verwandte der vierten Erbrechtsordnung zur Erbschaft berufen sind. — Schatzsekretär Kühn betonte, bei dem vorliegenden Entwurf sei für die Regierung in erster Linie der finanzielle Grund maßgebend gewesen und er hoffe, daß die Kommission dem auch Rechnung tragen werde. In einer Reihe europäischer und nichteuropäischer Staaten existiere bereits ein Erbrecht des Staates, wenn auch nicht in so weitgehender Weise, wie der Entwurf vorsieht. Bei den anderen Staaten sei aber das finanzielle Interesse auch ausschlaggebend gewesen. — Abg. Gröber griff den Entwurf ungemein scharf an. Das Zentrum werde verstanden, Anträge durchzuführen, die verhindern, daß die 15 Millionen, die einfließen sollen, für hübsche Uniformen und ähnliche Dinge ausgegeben werden. Beigehört man das Erbrecht der Verwandten, dann müßte die daraus erzielte Einnahme auch für allgemeine nützliche Zwecke verwendet werden. Der Entwurf bringe auch die Gefahr in sich, daß Vermögen der im Ausland verstorbenen Deutschen, die erbrechtigte Verwandte nach dem Gesetz nicht mehr haben, der deutschen Volkswirtschaft verloren gingen. Erklärte doch die Regierung in der Begründung des Entwurfs selbst, es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß fremde Staaten sich des Nachlasses bemächtigen würden, falls der Entwurf Gesetzeskraft erlange. Die Annahme der Regierung, unter den entfernteren Verwandten herrsche kein Familienförmel mehr, sei grundlos. Wäre aber dem so, dann müßte die Regierung alles tun, um den im Schwanden begriffenen Familienförmel zu heben und zu kräftigen, statt die Hände nach dem Erbe entfernter Verwandten auszustrecken. Vermerkt sei auch, daß der Adel von dem Erbrecht des Staates nicht betroffen werde, sondern nur die bürgerlichen Familien. Der Adel habe meistens gebundenen Besitz in der Form des Fideikommisses, vor dem dann das Erbrecht des Staates halt machen müßte. Das sei eine Ungerechtigkeit und eine nicht gützuhebende Ausnahmestellung des Adels. Wenn der Entwurf jetzt fordere, daß der Rest wohl den Adel, nicht aber der Anteil den Resten herben könne, so sei das nicht gutzuheißen, auch nicht wenn der Schatzsekretär sage: ich brauche mehr Geld für den Krieg und den Marineminister! — Schatzsekretär Kühn betonte nochmals, daß die Regierung nur deshalb in das Erbrecht eingreifen wolle, weil Geld eben dringend notwendig sei zur Befreiung der Rüstungsklausen. Daß der Familienförmel durch das Erbrecht des Staates gefährdet werden könne, müsse entschieden in Abrede gestellt werden. — Abg. Dertel begrüßte die Vorlesungen Gröbers besonders, weil Gröber sich gegen das ganze Gesetz ausgesprochen habe. Die Konservativen lehnen das Erbrecht des Staates grundsätzlich ab. Der Schatzsekretär habe den Entwurf nicht einmal zu verteidigen, sondern nur zu entschuldigen versucht. Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, würden die Konservativen die Leute aus dem Lande draußen instruieren, wie und daß sie testieren sollten, wodurch dann die Einnahmen des Reichs auf ein Minimum herabzusetzen müßten. Die Finanzfragen könnten auf andere Weise zur Lösung gebracht werden; die Konservativen würden zur gegebenen Zeit schon mit entsprechenden Vorschlägen hervortreten, er (Medner) sei aber nicht so dumme, jetzt schon die kommenden Vorschläge anzubieten. Weil die Konservativen grundsätzlich das Gesetz ablehnen, würden sie auch keine Änderungsanträge einbringen.

Genosse Südekum führte aus, der Entwurf könne doch unmöglich als ein Anfang zur Herabsetzung des Privat-eigentums angesehen werden, oder als Schwächung des Familienförmel. Höchstens könnte gesagt werden, bestimmte Aufsichtsfabrikanten würden gefährdet, die bei ihrer Fabrikation von Romanden gleichsam vom Erbschaft leben haben. Wenn die Konservativen eine Agitation betreiben wollten, um die Leute anzubalten, zu testieren, damit der Staat nichts erben könne, so führten sie vielleicht eine Verdrängung der Zertifikatsfreiheit herbei. Daran würden sich die bestehenden Klassen mit der Zeit gewöhnen müssen, daß sie ein unbeschränktes Verfügungsgewalt über Besitz und Vermögen nicht immer haben würden, und daß ihnen zugunsten der Allgemeinheit Beschränkungen auferlegt würden. Genosse Südekum charakterisierte weiter den Familienförmel gerade der

bestehenden Klassen, der eine besonders ideale Grundlage nicht aufweise. Die Sozialdemokratie überlasse die Bedeutung dieses schwächeren Entwurfs nicht, aber es sei ganz gut, wenn Geleise vorgelegt werden, die der Allgemeinheit und nicht nur einzelnen Leuten zugute kommen sollen. Wenn das Zentrum die Sozialdemokratie durch den Hinweis auf den Verwendungszweck an keine Seite bringen wolle, werde es sich täuschen. Die Sozialdemokratie habe bei der Militär-vorlage durch praktische Anträge gezeigt, daß sie gegen die Uniformunfertigkeiten energisch vorgehen wolle; aber gerade Herr Gröber und das gesamte Zentrum hätten dabei versagt. Aus der Regierungsvorlage sei etwas Brauchbares zu machen. Die Sozialdemokraten lebten es aber ab, die Bestrebungen des Zentrums zu unterstützen, den Entwurf zu einer Härte zu gestalten.

Abg. Jun d trat für den Entwurf ein. Sollte der zum § 1 gestellte Zentrumsantrag Annahme finden, wonach der Staat erst an die Stelle der Erben fünfter Ordnung treten solle, dann könne ruhig auf die Weiterberatung als zwecklos verzichtet werden. — Abg. Graf Mielczanski erklärte namens der Polen, daß sie gegen den Entwurf stimmen würden. — Abg. Götkein verteidigte gegen Zentrum und Konservativen das Recht der Gesetzgebung, in die privatrechtlichen Verhältnisse jeder Art einzugreifen und sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, das Erbrecht des Staates durchzuführen. Im übrigen würden die Volksparteier versuchen, eine stärkere Befestigung der Erbschaften herbeizuführen. Die Volksparteier erklärten, daß sie ihren Antrag bis zur zweiten Lesung zurückstellen, worauf Abg. Gröber den vollparteilichen Antrag wieder aufnahm. — Genosse David wies darauf hin, daß die Volksparteier nunmehr sehen könnten, welche Gefahr für das Gesetz ihr Antrag bedeute, gegen den sie jetzt, nachdem er ein Antrag Gröber geworden sei, stimmen müßten. Wo bliebe der Familienförmel, wenn fromme Zentrumleute ihre entfernteren Verwandten zugunsten der Kirche enterben? Solche Verhältnisse gegen den Familienförmel verteidige aber das Zentrum, weil das „höhere“ Interesse der Kirche vorliege.

Der erste Zentrumsantrag, wie auch der durch das Zentrum aufzunehmene vollparteiliche Antrag, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Polen abgelehnt. Die Gesamtstimmung über den § 1 der Regierungsvorlage wurde auf die nächste Sitzung vertagt, die Donnerstag abgehalten werden wird.

Politische Rundschau.

Rüstingen, 11. Juni.

Die Dänen in Nordschleswig.

Ueber die Art, wie die Dänen in Nordschleswig den Kampf gegen die preussische Unterdrückungspolitik führen, wird uns von dort geschrieben:

Die Hauptknoten der Dänen in diesem Kampf sind die drei großen Vereine: Sprochereien, Schulverein und Wohlverein. Jeder dieser Vereine unterhält ein dichtes Netz von Unterstellen und dadurch eine ständige und direkte Verbindung mit allen Schichten der Bevölkerung. Sie halten alljährlich gemeinsam ihre Generalversammlungen ab, in denen in voller Oeffentlichkeit Nebenbesitz abgelegt wird über die im Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Die Tagung dieser Vereine hat sich im Lauf der Zeit zu einem Massenmeeting entwickelt, zu dem das dänische Volk aus allen Ecken des Landes zusammenströmt. Gerade die Massenbeteiligung verleiht der Versammlung den Charakter einer imponierenden Demonstration gegen die preussische Gewaltpolitik, und hat in ogatorischer Beziehung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Das diesjährige Meeting fand am Sonnabend und Sonntag in Vredobro statt und nahm seinen Anfang mit der Generalversammlung des Sprachvereins. Dieser hat in den 32 Jahren seines Bestehens zur Erhaltung dänischer Kultur Stammswertes geleistet. Seine Tätigkeit liegt auf geistigem Gebiet, sie besteht in der Verbreitung dänischer Literatur durch Erleichterung und Unterhaltung von Volksbibliotheken. Von solchen unterhält er gegenwärtig 162, die über den ganzen Landesteil zerstreut liegen und in ständiger Verbindung mit einer großen Zentralbibliothek stehen.

Der Schulverein mocht sich der dänischen Bevölkerung dadurch nützlich, daß er durch Unterhaltungen verschiedener Art jungen Nordschleswigern den Besuch reichsdänischer Volksschulen und Fachbildungsinstitute ermöglicht.

Die Tätigkeit des Wohlvereins liegt auf politischem Gebiet. Er erledigt die Vorarbeiten und betreibt die Agitation für jede Wahl zu einer gesetzgebenden Körperschaft, zum Reichstag, Landtag sowie zu den Stadt- und Gemeindevertretungen. Und daß er seine Sache versteht, haben die letzten Landtagswahlen gezeigt.

Nach den Generalversammlungen hielt Reichstagsabgeordneter Hansen einen Vortrag über die politischen Ereignisse der letzten Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Nordschleswig. Den Schluß der Tagung bildete eine große Volksversammlung, in der 4500 Personen anwesend waren. Im allgemeinen nahm die Jahresrevue einen guten Verlauf. Sie hat gezeigt, daß das Dänentum sich auf der ganzen Linie in der Entwicklung befindet, trotz der Zwangspolitik der preussischen Administration und der schauvinistischen Bestrebungen der sogenannten Nordmar-patrioten.

Deutsches Reich.

Das Wahlurnengesetz. Im Reichsanzeiger vom Dienstag wird die Abänderung des Reichstagswahlgesetzes in nachstehender Fassung bekannt gegeben: 1. § 11 Absatz 2 des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt S. 27) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1903 (Reichsgesetzblatt S. 202) erhält die nachstehende Fassung: An diesen Tisch wird ein veredelt Gefäß (Wahlurne) zum Einlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß vieredig sein, im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf, und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung soll sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden. 2. Absatz 4 der Anlage B zum Wahlgesetz erhält die nachstehende Fassung: An den Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nahm, wurde ein vieredig Gefäß mit Deckel zum Einlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne, im Innern gemessen, Zentimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand Zentimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne Zentimeter betrug, und daß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schluß der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Die Regierung und die Decksfrage. Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ hat eine vertrauliche Fühlungsnahme unter den Verbündeten Regierungen stattgefunden, um eine Stellungnahme zur Reichsvermögenssteuer herbeizuführen. Das Ergebnis der vertraulichen Besprechung war eine fast einstimmige Ablehnung des Gedankens, der Einführung einer Reichsvermögenssteuer zuzustimmen. Die Mehrheit der Verbündeten Regierungen steht — nach derselben Quelle — auf dem Standpunkt, daß die Deckung der dauernden Ausgaben entweder durch ein Jurisdiktionsgesetz auf die Regierungsvorschläge, wobei auch weitgehende Änderungen vorgenommen werden könnten, oder durch Einführung der Erbschaftsteuer gefunden werden muß. Wenn der Reichstag die Erbschaftsteuer beschließt, so muß sie der Bundesrat zweifelslos annehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die Reichskasse des Reichstages in ihren Grundbesitz an die Regierungsvorlage vom Jahre 1908 anlehnen.

Das Kindererbschaftengesetz abgelehnt. Die von dem Reichstag eingeleitete Kommission zur Beratung des Gesetzesentwurfs über Kindererbschaften hat am Dienstag den Regierungsvorschlag abgelehnt, da der Entwurf von seiner Seite Zustimmung fand. Nachdem bereits in der vorangegangenen Sitzung die Abgg. Kühle (Zog.) und Eir (Zentrum) in längeren sachlichen Ausführungen die Unhaltbarkeit und Undurchführbarkeit des Gesetzes überzeugend nachgewiesen hatten, war sich die Kommission klar geworden, daß vom Boden der Regierungsvorlage aus ein Zustandekommen des Gesetzes nicht mehr zu denken war. Am Dienstag wurde daher der § 1 der Vorlage abgelehnt und damit war das Sogalldengesetz erledigt.

Der Konstabund hielt am Dienstag eine Gesamtschulung ab. Der Vorsitzende des Konstabundes, Dr. Nieber, sprach sich in seiner Einleitungsrede mit ziemlicher Entschiedenheit für die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag aus. Die Einführung eines solchen Wahlrechts sei nicht nur die Pflicht der Regierung, sondern ein nobilit offizium der Krone, die die Einführung dieses einstig geraden Wahlrechts vor mehreren Jahren in feierlicher Weise verheißen habe. In der Steuerfrage verhielt sich Nieber, daß der Konstabund an der Besitz- und Erbschaftsteuer festhalte; besonders in der Erbschaftsteuerfrage könne er kein Kompromiß, da

müsse ganze Arbeit geleistet werden. Es sei aber auch notwendig, daß alle Privilegien und Sonderrechte abgelehrt würden. Es müsse dahin kommen, daß nicht nach den Vorreden der Geburt die Stellen im Staate vergeben werden, den Tüchtigsten gebührt der Einfluß im öffentlichen Leben. — Sollten lassen es die Dankbarkeit nur endlich nicht nur bei großen Worten bewenden, sondern helfen auch positiv mit schaffen, daß die hier aufgestellten Ziele erreicht werden.

Das Projekt eines Rhein-Nordsee-Kanals ist in seinem Fortschritt etwas weiter gerückt. Die Reichsregierung hat, so meldet unser hannoversches Blatt, die Prüfung der Frage des Rhein-Nordsee-Kanals beendet und die Provinzialbehörden im Gutachten erteilt. Diese sind sämtlich eingeleitet. Der Oberpräsident der Provinz Hannover weist besonders auf die gewaltige wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Unternehmens hin, die der Kanal für Hannover habe. Die Reichsregierung wird zur Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Rhein und Nordsee geeignete höhere Beamte zur Verfügung stellen. Es ein Ausbau zu den Vorarbeiten benötigt wird, steht noch nicht fest. Es verlohnt sich, daß die Regierung beschließt, ein Projekt zu befürworten, das für den großen Schiffahrtsweg 4 1/2 Meter Tiefe vorsieht.

Zentrum und Erbsind. Unter der Ueberschrift „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“ registriert das Wormser Zentrumblatt, die „Wormser Rodrikisten“ in seiner Nummer vom Freitag den 6. Juni einige für sie „sehr erfreuliche Mitteilungen“. So erregt es die Freude des frommen Blattes, daß in Toulon ein französischer Torpedobootjäger einen Unfall erlitten hat, indem ein Dampfrohr zerplatzt ist, wodurch die Maschine beschädigt und zwei Matrosen schwer verletzt wurden; außerdem daß es in der Pulverfabrik zu Angoulême (Frankreich) zu Differenzen zwischen Arbeitern und Leitung wegen der mangelnden Schutzvorrichtungen gekommen sei.

Das fromme Christenblatt schließt freudig erregt: „Eingeleitet solcher Art können in jedem Land vorkommen. In Frankreich blühen sie sich aber mit solcher Schnelligkeit, daß man bei uns daraus ohne Sorge das angenehme Gefühl schmerzloser Verabigung“ ableiten darf.“

Abgelesen von der abgrundtiefen Robeit der Gemüthen, die in dieser christlichen Freude über die Unglücksfälle zum Ausdruck kommt, wäre wohl die Frage angebracht, ob dieses „angenehme Gefühl schmerzloser Verabigung“ das Zentrum nicht heranzulassen sollte, gegen die Wehrvorlage zu stimmen. Es kann doch keine Notwendigkeit bestehen, gegen einen so vorteilhaft verhandelten „Erbsind“ weiterdunbertausende Soldaten auf die Beine zu stellen.

Wie der Militarismus mit Menschenleben spielt. In diesen Tagen, in denen das deutsche Volk in noch größerem Maßstabe als bisher der Hofenerkultur unterworfen werden soll, zeigt der Militarismus sich in seiner ganzen brutalen Rücksichtslosigkeit, die sogar über Leichen hinweggeht. Es ist fast, als ob die Vertreter des militaristischen Systems mit besonderem Trost aufzutreten wollten, um zu zeigen, wie wenig sie sich um das Wohl der Söhne des Volkes und die Volkseinkünfte kümmern. Auf dem Truppenübungsplatz Wirs haben in den letzten beiden Tagen Mäander stattgefunden, die eine große Anzahl Todesopfer gefordert und für sehr viele Soldaten schwere Gehirnerschütterungen nach sich gezogen haben. Der in Bromberg erscheinenden „Deutschen Rundschau“, also seinem sozialdemokratischen „Geschichte“, wird darüber „von geschichtlicher Zeit“ geschrieben:

„Besonders haben von 2. bis einschließlich 4. Juni hier auf dem Truppenübungsplatz und der Umgebung von Wirs die Divisionen des 41. Division unter persönlicher Leitung des Armeekorpskommandeurs u. Divisional-Generals stattgefunden. Bei diesen Mäandern wurden an die Mannschaften übermenschliche Anforderungen gestellt. Trotzdem die Truppen, wie das Inf.-Reg. 148, ein Linienehe Schloß zur Reizeit hinter sich hatten, wurde sofort nach Anbruch ein längerer Marsch von fast 30 Kilometern mit vollem Gepäck angetreten. Bereits an diesem Tage gab es eine Reihe Ermordeter. Am zweiten Wandertage, also Dienstag, fanden nach einem längeren Anmarsche auf dem Truppenübungsplatz selber zwei Gefechte statt, bei denen ganz ansehnliche Verluste eintraten. Nicht weniger als 300 Mann starben in der Division 148. Das 148. Inf.-Reg. hatte allein vier Tote und eine Reihe schwerer Verwundeter. Am meisten litt von diesem Regiment die 6. Kompanie, die am dritten Wandertage nur mit etwas mehr als ein Viertel der Kompanie antreten konnte. Auch das Inf.-Reg. 152 hat einige Tote.“

Die ungeschworenen Verluste müssen einmal auf die loslöseliche Höhe, es waren getötete 5000 Gefallen im Schatten, dann auf die zu hohen Anforderungen und nicht zuletzt auf einen Mangel in der Verpflegung zurückgeführt werden. Die Weidung der vier Coyes des 148. Regiments hat heute unter militärischen Ehren in Wirs stattgefunden.

Was all den bisherigen Erörterungen ist es ganz gewiss, eine strenge Untersuchung und eine Befragung der Schuldigen zu verlangen. Wir hören schon jetzt den Kriegsminister, falls der Fall im Reichstage zur Sprache kommt, ein paar Redenarten über „unglückliche Umstände“, „Ungunst der Witterung“ u. s. w. kommen. An den ersten Willen, solche oder andere Ungeheuerlichkeiten zu vermeiden, glauben wir schon lange nicht mehr, sie liegen zu tief im militaristischen System begründet. Dagegen gibt es nur ein Mittel: das Volk muß in seiner Weisheit voll gerechter Entrüstung dieses System mit seiner kräftigen Hand zu sich werfen. Solange das nicht der Fall ist, solange das lebende Heer in seiner heutigen Gestalt nicht einem auf demokratischer und sozialer Grundlage aufgebauten Militärsystem Platz gemacht hat, wird die privilegierte Offizierskaste mit Unterstützung auf die ihnen überantworteten „Arten“ und das Volksempfinden betäublichen.

Verteuerung des Gewerkschaftsartikels. In Sachsen, wo die Verteuerung des Streik- und Arbeitslosenunterstützung aus gewerkschaftlichen Mitteln seit Jahren als gesetzlich zulässig geblieben ist, hat der Steuerfiskus eine neue Steuerartikelle entdeckt — die Kosten der Gewerkschaftsartikelle. Die Steuerbehörde in Plauen i. V. soll den neuen Weg der Verteuerung von Gewerkschaftsartikeln ausprobieren: sie hat zu diesem Zweck des Gewerkschaftsartikell für ein selbständiges „Unternehmen“ erklärt und mit einem Einkommen von jährlich 1900—2200 Mark veranlagt. Wie

man dieses Einkommen errechnet hat, ist vollkommen klar. Es soll 36 Mark Staatseinkommensteuer und 47,60 Mark Kommunalsteuer bezahlen. Natürlich weigert sich das Gewerkschaftsartikell Plauen, die Steuern zu zahlen.

Ob die erhobene Reklamation des Artikells von der Einkommenskommission berücksichtigt wird, scheint freilich zweifelhaft; es hat den Anschein, als ob Plauen den Vorstoß nur macht, um vom Oberverwaltungsgericht die Steuerpflicht der Gewerkschaftsartikelle feststellen zu lassen.

Kriegervereins-Terrorismus. Dem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Paffhausen in Ober-Sachsen ging folgendes Schreiben zu:

„G. H. Durch Mitwirkung des hiesigen Kameradenvereins bin ich geneigt, Ihnen mitzutheilen, daß ich Ihnen mein Vorschlag zu Komitee-Einmütigen nicht mehr geben kann, wenn ich nicht durch Verfügung des Landtrigerverbundes aus dem Vereine ausgeschlossen werden soll, was ich als alter Kamerad vermeiden will. Diefelbst keine Feindschaft, als Güte sind Sie mir stets willkommen.“

Mit bestem Gruß achtungsvoll Emil Kasper.

Es ist immer das alte Lied. — Terrorismus und Gesellschaftsschädigung verdrängen nur die Sozialdemokratie

Belgien. Die Kesserverlage. Aus Brüssel wird unterm gestrigen Datum gemeldet: Der Senat begann heute die Beratung der Kesserverlore. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Vorlage eine einmalige Ausgabe von 284 Millionen Francs notwendig mache, die durch eine Anleihe gedeckt werden soll.

Nusland. Die Opposition ist vogelfrei. Während die Konferenz der konstitutionell demokratischen Demokratie mit den Delegierten sozialistischer Parteienorganisationen in der Provinz erziehen vorgehen im Fraktionsklub die Polizei, löste die Verammlung auf und stellte die Namen der Teilnehmer fest. Dem Vernehmen nach will der Minister des Innern Moskoffow dergleichen Verammungen gegenüber eine härtere Praxis einschlagen, als sie seit Stolzow's Zeiten bestanden hat. Der Dumapräsident wird gegen die Auflösung der Verammlung Protest einlegen. Die Wahregel erregt großes Aufsehen, das bisher die Regierung die Arbeiten der Fraktionen nicht gestört hatte. Die Regierung wird offenbar das bestehende Verbot, sich im Range zur Oppositionspartei zusammenzuschließen (!), auch auf die Glieder der Fraktionen in der Duma ausdehnen.

Italien. Die griechischen Inseln. Von allen Kriegen der neueren Zeit hat keiner deutlicher den Charakter des vom Jähne gebrochenen Raubzuges getragen, als der Einfall der Italiener in Tripolis. Wie wenig die Bevölkerung des Landes auch nach seiner Aufgabe durch die Türken von der Geduld des Eindringlings und seiner mitgebrachten „Kultur“ wissen will, beweist ihr jähiger Widerstand, der noch in der letzten Zeit zu Kämpfen geführt hat, die denen des offiziellen Krieges kaum nachstanden. Noch deutlicher wird diese Abneigung jeder Kulturmission gekennzeichnet durch das Verhalten der Italiener auf den von ihnen besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Das Nationalprinzip, dem Italien seine Wiederherstellung vor einem halben Jahrhundert schuldete, mühte ihre Abtretung an Griechenland fordern. Dann, wie A. Nies im „Revue“ feststellt, sind von den rund 400 000 Einwohnern des Archipels 300 000 Griechen reiner Rasse, 25 000 sind Moslemin verschiedener Rasse, einige tausend Juden und Armenier und etwa 5000 Fremde. Aber Italien macht noch keine Miene, die Inseln, deren Belegung nur ein Druckmittel zur Rückmung von Tripolis hätte sein sollen, aufzugeben.

Wiemehr verwendet es die brutalsten Mittel zur Wiederherstellung der Bevölkerung an. Wie Nies mitteilt, hat der Gemeinderat der Insel Rhodos bei dem italienischen General Weidwede über das provozierende Verhalten einiger Offiziere und Mannschaften geklagt. Die Antwort war eine Anklage gegen den alten Generalmajor Professor Vortorio wegen „Anverleumdung“. Der alte Mann wurde in der Schule verhaftet, übel behandelt, zwei Tage eingesperrt und dann aus seiner Heimat ausgewiesen. — Zwei griechische Lehrer, die sich nach Otern zu einer Verammlung begeben hatten, wurden verhaftet unter der Beschuldigung, sozialistische Tendenzen verbreitet und gegen die Italiener aufgereizt zu haben. Die Haft war wie die Vortorio's sehr hart — sie blieben zwei Tage ohne Nahrung — dann wurden sie vom General unter bestigen Drohungen entlassen. — Im Dorfe Archagelo hatten die Einwohner ihren Vertreter, ein Werkzeug der Italiener, durch einen christlichen Mann ersetzt. Der Eroberer sah darin eine Empörung und verhaftete den ganzen Kreis angelegener Bewohner. Ende Mai waren sie noch in Haft. Als Bedingung ihrer vorläufigen Freilassung wurde Zahlung von je 100 Lire gefordert!

Tabei ist von einer Kulturmission hier überhaupt keine Rede. Die Griechen der Inseln haben auf eigene Hand eine Kultur geschaffen, um die weite Teile Italiens sie besorgen würden. So unterhalten die 20 000 Griechen der Insel Rhodos (ca. 3000 Türken, 1000 Juden) auf eigenen Mitteln 57 Volksschulen, davon 20 Mädchenschulen, ein Gymnasium, 80 Lehrer und 85 Lehrerinnen unterrichten 3000 Kinder, wovon 1100 Mädchen. Die Kosten, 3000 Lira (55 000 Mark), werden von den Griechen ohne Regierungshilfe aufgebracht. Ebenso ist es auf den anderen Inseln. Dazu kommen Hospitale und Hospize, Apotheken u. a., die aus öffentlichen Beiträgen unterhalten werden und unentgeltlich funktionieren. — Wie viel niedriger wäre es für Italien, seine Südprominen auf ein gleiches Kulturniveau zu erheben, als eine derart rücksichtslose Unterdrückungspolitik zu betreiben.

Portugal. Ein Attentat. Aus Lissabon wird berichtet: Die Gedächtnisfeier für den Dichter Camoens, die in der Hauptstadt gestern unter großer Beteiligung gefeiert wurde, begann mit einem Festzug, der sich zum Denkmal des Dichters bewegte. In dem Augenblicke, als der Zug sich die Rue Carmo hinausbewegte, explodierte auf dem Don Pedroplatz

eine Bombe. Eine Person soll getötet worden sein. Die Bevölkerung, darüber erbittert, gerührte den Haß auf dem Don Pedroplatz, in dem sich, wie man sagt, gewisse Anarchisten zu versammeln pflegen. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden. Ein späteres Telegramm meldet: Durch die Bombenerplosion auf dem Don Pedroplatz wurde der Urheber derselben selbst am Bein verletzt. Man fand ihn auf dem Platze. Er erklärte, er habe Selbstmord begangen wollen. Unter den durch die Bombenerplosion Verwundeten befinden sich 34 Wundverletzte und ein Kind. Alle wurden ins Krankenhaus gebracht.

Politische Notizen. Der preussische Städtetag, der voraussichtlich am 6. und 7. Oktober in Breslau stattfinden wird, soll sich mit dem preussischen Wohnungsgesetzwerk beschäftigen. Drei Vorträge werden die einzelnen Teile des Gesetzesentwurfs betreffen, während in zwei weiteren Vorträgen die mit dem Gesetzentwurf in Verbindung stehende Belastung der Gemeinden und Städte eingehend werden soll. — Der Vorsitzende des Bundesvorstandes der national-liberalen Partei im Fürstentum Waldeck-Pyrmont veröffentlicht ein Telegramm des geschäftsführenden Ausschusses des national-liberalen Zentralverbandes, in dem empfohlen wird, bei der Reichstagswahl die Wahl des Herrn Dr. Baumbach zu unterstützen. — In Warschau soll der russische Generalstabehelb: Ruzizki wegen Espionage zugunsten Oesterreichs verhaftet worden sein. Man behauptet, er habe seit drei Jahren Absichten der russischen Mobilisierungspläne an Oesterreich geliefert. Eine Wächung dieser Absichten an amtlicher Seite ist bisher nicht zu erlangen gewesen. — Oesterreich nachmittag wurde im Rintoberg ein Oberleutnant des böhmerischen Kaiserregiments wegen militärischer Verfehlungen in Haft genommen. Ueber die Art dieser „Verfehlungen“ wird an den zuständigen Stellen strenges Stillschweigen gehalten. Wie jedoch mit Bestimmtheit verlautet, handelt es sich um einen Fall von Espionage.

Vom Balkan

Bulgaren und Serben. Aus Sofia (Bulgarien) wird gemeldet: Das Regierungsgeschäft wird trotz in Vervollendung der Haltung zerbissen. Die Serben suchen den Krieg. Unter diesen Umständen bleibt für Bulgarien ein Mittelweg nicht mehr übrig. Die bulgarische Regierung muß unverzüglich die Räumung der Gebiete der nicht besetzten Zone verlangen und muß bis zur Räumung des Schicksalsbruches in alle Richtungen der besetzten Zone Truppen entsenden, die den Serben an Zahl entsprechen.

Dr. Danell ist mit der Rekrutierung, die wie wir unlängst mitteilen, eine Kriege durchzuführen, beauftragt worden.

Belgrad, 10. Juni. Gestern fand ein mehrstündiger Ministerrat statt, dem auch der hier eingetroffene serbische Gesandte in Sofia Spalioffitsch sowie der mit Sonderzug aus Lesbik eingetroffene Generalstabehelb Putnik beizuhören. Wie verlautet, wurde von dem Ministerpräsidenten der Text der Note redigiert, durch welche von der bulgarischen Regierung eine bündige Antwort verlangt wird, ob sie der Revision des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages zustimmt oder nicht.

Parteinachrichten.

Einer von der ganz alten Garde. Der Schlosser Paul Friedrich in Breslau ist dort gestorben. Friedrich gehörte zu den wenigen noch am Leben befindlichen Gründern der sozialdemokratischen Breslauer Arbeiterbewegung. Er war Teilnehmer der Gründungsverammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins im Jahre 1868 und war auch einer der ersten Biener der Bewegung am Ort, für die er auch in späterer Zeit werbend wirkte. Im großen Breslauer Geheimbundprozeß von Jahre 1878 wurde er mit vielen anderen Genossen, die schon längst der Fülle Rufen darf, zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt. Was ihm Fall des Schicksalsgeheles nicht schaden konnte, weil die bürgerlich-kapitalistischen Nachhahler ihm in der Heimat jeden Respekt verweigerten. Nach seiner Rückkehr in die Heimat und nach dem Fall des Sozialistengeheles nahm Friedrich seine Tätigkeit für die Partei wieder auf. Seine Parteiverammlung nach Haft, an der er nicht teilnahm, mochte auch seine zernährten Körperkräfte immer mehr schwinden. Der Schwermutle ließ es sich selbst nicht einmal nehmen, an der 25jährigen Gründungsfeier der Partei noch teilzunehmen. Die Breslauer Genossen ernten das Andenken des alten braven Kämpfers für die Arbeiterklasse durch zahlreiche Beteiligung an seiner Beerdigung in der würdevollen Weise.

Aus den Organisationen. Der Wahlverein für Letzton-Beestow-Storfow-Charlottenburg hat seinen Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Mitgliederzahl ist um 398 auf 33 253 gestiegen. Der Wahlkreis umfaßt 13 Städte, 259 Dörfer und 23 Ortsbezirke. Die Wahlkreisorganisation setzt sich aus 52 Bezirksvereinen zusammen. 43 Bezirksvereine haben insgesamt 6693 weibliche Mitglieder, nur in 9 Vereinen ist es nicht gelungen, weibliche Mitglieder zu gewinnen. Die Aktuation hat sich auch in der Verhältnis nicht wesentlich vermindert; 2346 Mitglieder sind verstorben und 3211 wurden wegen restierender Beträge gestrichen werden. Aufgenommen und zugesogen sind 5592. Die Parteipresse hat 39 956 Abonnenten im Kreise. In 7 Städten sind 82 sozialdemokratische Stadterordneter, in 52 Landgemeinden 151 Gemeindevorsteher. Aus dem Bericht des Kreis-Bildungsausschusses ist zu entnehmen, daß in 33 Orten 26 Bildungsausschüsse bestehen. Es haben 23 Kurse mit 100 Vorträgen in 18 Orten stattgefunden, an denen sich 2184 Genossen beteiligten. In 20 Orten wurden 26 wissenschaftliche Einzelvorträge abgehalten. Die Kreisorganisation hat sich für ihre Bildungszwecke einen eigenen Bildungsvertrag beschafft, der den Orten gegen eine geringe Leihgebühr zur Verfügung gestellt wird. Führungen durch Museen, Jugendbibliotheken-Ausstellungen und verschiedene künstlerische Veranstaltungen wurden ausgeführt. Die örtlichen Bibliotheken haben insgesamt einen Bücherbestand von 15 143 Bänden.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Letzton-Beestow-Storfow-Charlottenburg wurde am 8. d. Monats in Charlottenburg abgehalten. Anwesend waren 155 Genossen aus 49 Orten. Die Generalver-

lung beschloß auf Antrag des Vorstandes, alle Vierteljahre eine Zusammenkunft der Wahlvereinsvorsitzenden abzuhalten, um eine engere Fühlung zwischen Zentralvorstand und den Ortsvorständen herbeizuführen. Außerdem soll der nächsten Generalversammlung ein Reorganisationsplan unterbreitet werden. Für Zuschüsse zu Vertragsaufträgen und wissenschaftlichen Einzelvorträgen und zur Aufschaffung von Jugendbüchern für Wanderausstellungen wurden 1000 Mark bewilligt. Anstelle des Genossen Paul Hirsch, der sein Amt als erster Vorsitzender des Kreiswohlfahrtsvereins wegen Arbeitsüberbürdung niederlegte, wurde Genosse Thuro gewählt. — Ferner wurde ein Antrag an die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin beschloßen, in dem die Veröffentlichung der Verteidigungsrede Borchards im Mitteilungsblatt der Wohlfahrtsvereine Groß-Berlins gefordert wird, weil im letzten Mitteilungsblatt der Bericht der Untersuchungskommission gegen Borchardt wörtlich abgedruckt worden ist.

Eröffnung eines Volkshauses in Königsberg i. Pr.
Ein seit Jahren ersehntes Ziel der Königsberger organisierten Arbeiterschaft soll nunmehr verwirklicht werden. Die Volkshausgesellschaft hat ein großes Grundstück mit Garten am Schloßberg, der schönsten Stelle Königsbergs, erworben. Hier soll ein großes Gebäude für die Büros der Gewerkschaften und für eine moderne Druckerei, sowie ein Saal für 1800 Personen errichtet werden.

Lokales.

Rüstringen, 11. Juni.

Nachträge zur Stadtberatung.

Die Beratung der Vorschläge der Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse ist an einem Tage beendet worden, schneller als man erwarten durfte. Die gründliche Beratung aller Abteilungen und Positionen im Finanzanschluß hat zu dieser schnellen Erledigung beigetragen. Wenn das Mittel gefunden ist, in Zukunft die Vorschläge in den Büros so früh fertigzustellen, daß sie so rechtzeitig vom Magistrat, den Schulvorständen und dem Finanzanschluß durchgesehen werden können, so wird anfangs Mai der Stadtrat den Haushalt feststellen können. Die Zeit des Experimentierens um die beste Form der Aufstellung der Vorschläge dürfte in nun vorbei sein. Sollte die Verzögerung von diesmal sich wiederholen, dann können eigentlich nur Gegenstände innerhalb des Verwaltungsbereiches schuld daran sein. Wenn Kämmerer und Rechnungsbureau Hand in Hand arbeiten, können solche freilich nicht aufkommen. Treten sie jedoch autone, so ist es Aufgabe des Magistrats, dieselben rüchrichtlos zu unterdrücken.

Man mußte erwarten, daß die Minderheit des Stadtrates, welche ihren Belangen in den Hausbesitzereinnahmen und den Bürgervereinen Gemeinwohl hoben, sofort und viel kräftiger würde. Man mußte erwarten, daß sie den Versuch machte, die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer zu erniedern und zur Einkommensteuer zu erhöhen. Niemand ist erfolgt. Die klaren Darlegungen des Bürgermeisters über das Verwaltungsgeschehen und die Finanzlage gab der Minderheit aber so gut wie keine Angriffsfläche. Die Generaldebatte drehte sich daher mehr um höherstehende Fragen. Die Konsolidierung des Finanzwesens bei größtmöglicher Höhengleichheit der Steuern mit Wilhelmshaven, Behebung der Wohnungsnot und Fürsorge für die Volksschule. In dieser Debatte kam der Herr Bürgermeister wieder mit seinem Plane, eine steuerliche Entlastung durch Einführung von indirekten Steuern herbeizuführen. Die Gegnerhaft gegen solche wurde von einem Redner der Mehrheit des Stadtrats zum Ausdruck gebracht. Wir können heute das Für und Wider nicht erschöpfend behandeln, sondern wollen nur bemerken, daß die Gemeindegemeinschaft, die hinter der Stadtratsmehrheit steht, sich nicht auf den bequemem Standpunkt des Herrn Bürgermeisters stellen kann und auch nicht stellen wird. Der Herr Bürgermeister will mit der Stadtratsmehrheit die Vierteler haben. Die Mehrheit kann dahin nicht folgen, weil sie in der Stadt das nicht einführen kann, was sie in Reichs bedingt. Sie kann die Vierteler nicht einführen in einer Situation, wo sie in Wilhelmshaven erleichtert ist. Sie kann eine Steuer nicht einführen, die in ungerechter Weise nur die Wirte trifft, also eine kleine Anzahl Gemeindeglieder. Das Gros der Stadtbürger hält nun einmal die Zuschläge zur Einkommensteuer für das gerechteste Steuerflöten und es ist es auch.

Rüstringen würde, wenn es den Steuerplan des Herrn Bürgermeisters ausführt, die erste Stadt im Herzogtum sein, die indirekte Steuern auf Genussmittel einführt. Auf den Ruhm kann Rüstringen gern verzichten. Wenn der Herr Bürgermeister meint, daß die Angst vor der Pleite der Stadtrat schon würde machen wird, daß der steigende Finanzbedarf die indirekten Steuern dem Stadtrat schon schmerzhaft machen wird, so dürfte der Herr Bürgermeister sich täuschen. Der Stadtrat wird dann eben mit der Bewilligung von Ausgaben sich nach der direkten Steuerkraft einrichten und dafür sorgen müssen, daß die Gefahr nicht heraufbeschworen wird. Ein andermal darüber noch ein Wort.

Der Bürgerverein Rüstringen hielt am Sonnabend bei Herrn Gills, „Wanderlust“, in Reuengroden seine Monatsversammlung ab. Aufgenommen wurden 6 neue Mitglieder. Sodann wurde von einem Stadtratsmitglied der Bericht über die letzten Stadtratssitzungen gegeben, an die sich eine lebhaft Diskussion angeschlossen. Aus der Versammlung heraus kam zum Ausdruck, daß das Familienhaus in Reuengroden nicht den Erwartungen entspreche. Um für minderbemittelte, kinderreiche Familien billige und geräumige Wohnungen zu schaffen, müßte zweckdienlicher gebaut werden. Weiter wurde gefordert, daß die Stadt die Baugewerkschaften mehr wie bisher unterstützen möge, um auch unbemittelten Familien geeignete Wohnungen geben zu können. Beschloßen wurde auch, die Kaiserliche Werk zu erziehen, in diesem Jahre keine Wohnung in der Panter Kolonie mehr räumen zu

lassen. Von den Vertretern des Stadtgebietes wurde gewünscht, daß die Auseinandersetzung für die einstweilige Wahl sei, bald erfolge. Begrüßt wurde, daß bei den Zentralanlagen eine Markthalle für die Abhaltung der Wochenmärkte vorgesehen sei. Bedauert wurde dagegen, daß das südliche Bungalowgelände im Preise gestiegen sei und daß Leute, die in Reuengroden bauen wollen, abgewiesen und nur noch auf das Ostseitige Gelände am Stadtpark verwiesen werden. Es wurde dann noch das Zusammenlegen der ersten Volksschulklassen getadelt und auf Härten, die dabei vermieden werden können, hingewiesen. Zum Schluß wurde auf die Anstellungsbedingungen der Straßenbahnangestellten eingegangen und das anwesende Stadtratsmitglied beauftragt, dafür einzutreten, daß festgestellt wird, ob es wahr ist, daß bei einem Gehalt von 90—95 Mark den Bediensteten neben dem Kleidergeldbetrag von 5 Mark in den ersten Monaten noch bis zu 35 Mark für die Kautions abgezogen wird.

Der Bürgerverein Heppens (Hilf. Teil) hielt am Sonnabend eine gut besuchte Monatsversammlung im Vereinslokale (Dekena) ab. Nach der Beitragshebung fanden vier Ausnahmen statt. Sodann wurde in einer langen Debatte die Wohnungsfrage abernals besprochen. Die Versammlung tabelte es, daß die Stadtverwaltung in der Sache nicht mehr getan hat und muß es auf deren Konto schreiben, daß zahlreiche langjährige Rüstringer Steuerzahler gezwungen wurden, ihren Wohnort nach auswärtig zu verlegen. Gerügt wurden solche Ratsschläge, wie sie ein Beamter einem Wohnung suchenden Gemeindeglieder gegeben haben soll. Er soll ihn nach Nordbarn verweisen haben, dort seien die Wohnungen billiger. Die Versammlung mißbilligte ferner, daß die Stadtverwaltung bei dem jetzigen Wohnungsmangel nicht von dem Top des Ein- und Zweifamilienhauses abghe. Der Wohnungsmangel würde dadurch zu wenig abgehoben und seien solche Wohnungen für die meisten Arbeiter zu teuer. Die Stiebtische Häuser seien als Muster zu nehmen; das seien keine Häuser, die Mietskasernen genannt würden. Es wurde ein Antrag über den Kauf eines Hauses in Altingroden verlesen. Derselbe wurde als viel zu rigoros bezeichnet. Da brauche man sich nicht zu wundern, wenn die Nachfrage nach solchen Häusern so gering sei. Klage geführt wurde von den Mitgliedern des Warokko-Viertels über den längsten Bau deselbst, wo dem Käufer getauet worden sei, einen Vorgarten nicht anzulegen. Ein Schulorbanmitglied gab einen Leberbild von dem jetzigen Schulverhältnissen. Es wird erwartet, daß die Stadtratsmitglieder Hand in Hand mit den Schulorbanmitgliedern gehen und für das Wohl und den Ausbau der Volksschule ihr Bestes tun.

Ausstellung von Lehrkräften. Bei der am 1. 2. und 3. Juni in Oldenburg stattgefundenen Ausstellung von Arbeiten der Barbier-, Friseur- u. Beräudermacher-Lehrlinge hatten auch einige Schüler der Rüstringer Hochschule den Erfolg, mit Preisen ausgezeichnet zu werden. Es erhielten einen ersten Preis Johann Böbling bei Herrn G. Tonken in Jever, einen zweiten Preis Robert Schulz bei Herrn S. Halberlah in Wilhelmshaven, einen dritten Preis Karl Martin bei Herrn R. Gattermann in Rüstringen und den vierten Preis Wilhelm de Vries bei Herrn R. Vages in Rüstringen.

Wilhelmshaven, 11. Juni.

Die feindlichen Stiefbrüder. In der Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins, die am Montag stattfand, wurde beschloßen, an den neugewählten Landtagsabgeordneten einen offenen Brief zu richten, in welchem er aufgefordert wird, in einer öffentlichen Versammlung in Wilhelmshaven die gegen diesen Verein erhobene Beschuldigung zu begründen. Es gehört wohl kaum eine Prophetengabe dazu, um dem Herrn Capelle und seinen Freunden zu prophezeien, daß Herr Dierhoff freisen und sagen wird: rütscht mir den Buckel runter! Nicht uninteressant ist, daß in der Versammlung derVorigende ausführte, Herr Dr. Dierhoff habe seine Eigenhaft als Landtagsabgeordneter bei einer Moorverkaufsangelegenheit nicht korrekt gehandhabt. Gegen das Strafgebot habe er nicht verstoßen, trotzdem sei sein Vergehen in dieser Sache nicht einwandfrei gewesen. Eine solche Persönlichkeit könne man nicht als Abgeordneten brauchen. Der Streit kann noch bißlich werden!

Die Kontrolle der Invalidentarten wird in den Tagen vom 17. bis 21. Juni in der Stadt fortgesetzt.

Die Wohnungset der Admirale. Ein neues Admiralshaus soll in derKaldorferstraße neben derOffizierskaserne erbaut werden. Die Fundamentierungsarbeiten sind bereits im Gange. Im Etat werden für das Gebäude 90000 Mark gefordert. Es handelt sich hier um die Beschaffung eines Mietwohngebäudes für den Chef des in der Bildung begriffenen dritten Geschwaders. Bis jetzt sind sieben Admirale hier stationiert.

Angetriebene Leichen vom Torpedoboot „S 178“. Bei Ödum auf Zelt ist die Leiche eines Schiffsoffiziers angetrieben. Die Uniform trägt einen Kermelstreifen. Anscheinend handelt es sich um einen der mit dem Torpedoboot „S 178“ am 4. März untergegangenen Oberleutnants Biss und Schwede. Ferner ist eine Marofenleiche bei Ödum gelandet worden. Beide Leichen wurden nach hier übergeführt.

Kriegsgepid der 2. Marine-Inspektion. Der Torpedobesitzer der Flotille Menen war mit noch einem Geizer am 12. Februar in der Markthalle mit Zivilpersonen in Schlägerei geraten. Als der Obermaat A. dazu kam, nahm er die beiden heraus und befahl ihnen, mit noch der Kaserne zu gehen. Untermegs machten sie unpassende Reden und wollten nicht weiter mit. Der Obermaat ging nach der Kaserne, wo er dort, wenn sie kämen, ihre Namen festzustellen. Als dieses dann geschah, sagte der Angeklagte zu der Wohnmannschaft: „Der Obermaat ist froh, daß er hier ist, der will sich nur aufspielen, und was der da sagt, stimmt nicht“. Auch weigerte er sich auf der Kadstube, seinen Namen anzugeben. Das Gericht erkennt wegen Beharrens im Ungehorsam in zwei Fällen und Achtungsbekleidung unter Drohung, teilweise vor versammelter

Mannschaft, auf 2 Monate 14 Tage Gefängnis. — Der Matrose Hardorf erhielt am 5. Mai Befehl von dem diensthabenden Unteroffizier, sich anderes Zeug anzuziehen, was er aber nicht tat. Als die Kompanie angetreten, bekam er von dem Feldwebel den gleichen wiederholten Auftrag, den er auch nicht ausführte und erklärte: „ich tue es nicht, ich siehe kein Arbeitszeug an“. Derselbe wird wegen Beharrens im Ungehorsam in zwei Fällen, in einem im Zusammenstreffen mit ausbrückerlicher Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und einfachen Ungehorsam zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Matrose Schab blieb am 3. Mai zwei Stunden über Urlaub und entfernte sich dann noch mal, worauf er erst gegen 1/7 Uhr morgens zurückkam. Der Angeklagte ist schon achtmal wegen gleicher Sachen bestraft und erhält daher für die unerlaubte Entfernung in zwei Fällen 2 Monat und eine Woche Gefängnis.

Sande. An unsere Abonnenten, die ihr Blatt an der Bahn erhalten. Es wird von den Verteilern darüber gesagt, daß die Abonnementgebühren so schlecht einlaufen. Da die Verteiler bis zum 15. jeden Monats abrechnen müssen, werden die Abonnenten erlucht, bis zu diesem Datum die Abonnementgebühren zu entrichten.

— Der Bürgerverein Mariensiel-Sande beruft am Sonnabend den 14. Juni eine öffentliche Bürgerversammlung nach dem Lokale des Herrn Busch ein. Der Landtagsabgeordnete und Magistratsmitglied Herr Aug. Rüstringen wird einen Vortrag über die „Steuer nach dem gemeinen Wert“ halten. Alle Bürger, die Aufklärung in dieser Sache wünschen, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Aus aller Welt.

Die Leoparden-Gesellschaft. Der Oberrichter der Goldküste Sir Bradford Griffith ist toben in Simonsville eingetroffen, nachdem er in Sierra Leone die Gerichtsverhandlung gegen eine geheime Gesellschaft geleitet hatte, die furchtbare Schrecken unter den Bewohnern hervorgerufen. Diese Leoparden-Gesellschaft bestand unter dem Namen der Wendes; Menschenopferung und Menschenfresserei bildeten den Hauptzweck der fanatischen Sekte. Männer, Frauen und Kinder verschwanden auf geheimnisvolle Weise und die Menschen-Leoparden haunten so furchtbar, daß das allgemeine Entsetzen immer mehr zunahm. Die Regierung beauftragte daher den Oberrichter, die mächtige Gesellschaft und ihre furchtbaren Gebrüder auszuröten und der Erfolg seiner Untersuchung war, daß zunächst 100 Leute verhaftet und unter Anklage gestellt wurden. 40 wurden dann laut Richterpruch gehängt und eine große Anzahl der übrigen ist deportiert worden. Man hofft so, diesem grassierenden Treiben endgültig ein Ende gemacht zu haben. Die entsetzlichen Einzelheiten, die bei der Verhandlung ans Licht kamen, werden in einem offiziellen Bericht bekannt gemacht werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Juni. Mitglieder der konservativen und freikonservativen Reichstagsfraktionen haben zur zweiten Lesung der Wehrvorlage einen Antrag gestellt, nach welchem acht Kavallerieregimenter neu errichtet werden sollen. Die Regierung verlangt bekanntlich 6 neue Regimenter, die Budgetkommission hat aber nur 3 für notwendig erklärt.

Wien, 11. Juni. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, soll in den nächsten Tagen von den Mächten nach Belgrad und nach Sofia eine erste Mahnung, Frieden zu halten, gerichtet werden. Es sollen konkrete Vorschläge dafür gemacht werden.

Budapest, 11. Juni. In einem benachbarten Dorf hat sich ein Landwirt erhängt. Seine Frau schritt ihn noch rechtzeitig ab. Hierüber erhofft, geriff der Selbstmordtandbidat eine Hode und schlug seine Frau und vier Kinder tot. Dann gämbete er sein Gaus an. Er wurde verhaftet.

Wetterbericht für den 12. Juni.

Wärmer, wechselnde Bewölkung, später wieder aufsteigende Südwestwinde und erneute Regenfälle.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Kliche. — Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug u. Co. in Rüstringen.

Dierzu eine Postage und das Unterhaltungsblatt.

"Unsere Marine"
Erstklassig
Die beste
2 Pfg.
Cigarette

GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

50 Einfamilien-Häuser in Rüstingen.

Die Stadt Rüstingen beabsichtigt, sofort 50 Einfamilienhäuser auf ihrem Oeffentlichen Gelände am demnächstigen Stadtpark zu bauen und bei mäßiger Anzahlung an Interessenten abzugeben. Beschreibung findet sich im lokalen Teil der gestrigen Nummer dieser Zeitung. Bedingungen und Pläne können im Rathause Jabelstrasse, Zimmer Nr. 3 und im Rathause Wilhelmshavener Strasse, Zimmer Nr. 1, eingesehen werden. Interessenten werden gebeten, sich sofort dorthin zu wenden.

Stadtmagistrat Rüstingen.
Dr. Luken.

Oldenburg.

Sonntag den 15. und Montag den 16. Juni
auf dem Oerrenburger Schützenhof
an der Schützenhofstraße:

Gewerkschafts-Fest.

Aufstellung zum Festzug
pünktlich nachmittags 2.20 Uhr beim Vereinshaus
in der Reitenstraße.

Festredner: Arbeitersekretär Reese.

Konzert und Belustigungen aller Art.
Der Großer Festball.

Auf dem Festplatze sind Karussell, Schaufel, Buden aller Art vertreten. — Entree: Herren 20 J., Damen 10 J. Genossen und Genossinnen! Beteiligt Euch vollständig am Gewerkschaftsfest.
Der Kartenvorstand.

Verpachtung der Budenplätze
am Mittwoch den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr,
auf dem Festplatze an der Schützenhofstr.

Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadtgemeinde Varel.

I. Abchluß pro 1912.

Einnahme:

1. Rollenbeitrag zu Anfang des Rechnungsjahres	3 109,69
2. Zinsen von Kapitalien	820,85
3. Eintrittsgelder	1 082,—
4. Beiträge	57 965,75
5. Erschließungen für gewährte Krankenunterstützung	939,82
10. Erschließungen von Berufsgenossenschaften etc.	5,25
11. Was verkauftes Wertpapier etc.	17 110,20
12. Sonstige Einnahmen	491,45
Summe der Einnahmen	81 475,11

Ausgabe:

1. Für ärztliche Behandlung	10 301,60
2. Für Arznei etc.	7 205,95
3. Krankenpflege:	
a) an Mitglieder	11 451,06
b) an Angehörige der Mitglieder	263,16
4. Unterstützungen an Wöchnerinnen	272,88
5. Sterbegelder	522,—
6. Arzt- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	11 809,98
9. Erschließungen für gewährte Krankenunterstützungen	444,93
9. Zurückgezahlte Vorschüsse der Arbeitgeber	325,—
10. Zurückgezahlte Beiträge etc.	166,18
11. Für Kapitalanlagen etc.	31 179,95
13. Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	2 951,40
b) sächliche	1 372,61
14. Sonstige Ausgaben	840,61
Summe Rollenbeitrag	2 267,77

II. Vermögensausweis.

Aktiva.

a) Rollenbestand wie vorstehend	2 267,77
b) in Wertpapieren, Bankanlagen etc.	29 777,50
Summa	32 045,27

Passiva.

Nichts

Ueberschuß der Aktiva 32 045,27

Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Ueberschuß 18 844,09
ergiebt gegen das Vorjahr an Ueberschuß mehr 13 201,18

Zum Reservefonds gehören nach den festgestellten Ueberschüssen 29 777,50
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Reservefonds 15 566,—
ergiebt gegen das Vorjahr mehr 14 211,50

Als Betriebsfonds verblieben der Kasse:

a) bar	2 267,77
b) in Sparkasseneinlagen	—
Zusammen	2 267,77

Straßenbahn Wilhelmshaven-Rüstingen.

Ab 1. Juli d. J. werden Ermäßigungskarten ausgegeben in Form von Zeitkarten (Monatskarten), Schülerkarten und Arbeiterwochenkarten.

Die Preise betragen:

I. Zeitkarten (Monatskarten).

- für eine bestimmte auf der Karte aufzuschreibende 10 Pf. Strecke Mk. 7.70
 - für eine bestimmte auf der Karte aufzuschreibende 15 Pf. Strecke Mk. 10.90
 - Monatskarten zur Benutzung einer beliebigen Strecke (Reisekarten) Mk. 12.90
- Obige Karten verstehen sich einschließlich Fahrkartensteuer.

II. Schülerkarten.

- Schülermonatskarten:
 - zur zweimaligen täglichen Benutzung in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags zum Preise von Mk. 3.00
 - zur viermaligen täglichen Benutzung zum Preise von Mk. 4.50
- Halbmonatskarten:
 - zur zweimaligen täglichen Benutzung in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags zum Preise von Mk. 2.00
 - zur viermaligen täglichen Benutzung zum Preise von Mk. 3.50

III. Arbeiterwochenkarten.

- zur zweimaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 10 Pf. Strecke zum Preise von Mk. 0.80
 - zur viermaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 10 Pf. Strecke zum Preise von Mk. 1.20
 - zur zweimaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 15 Pf. Strecke zum Preise von Mk. 1.20
 - zur viermaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 15 Pf. Strecke zum Preise von Mk. 1.80
- Die näheren Tarifbestimmungen sind auf dem Betriebsbureau in Erfahrung zu bringen, woselbst unentgeltlich Antragsformulare zur Erlangung obiger Karten erhältlich sind; letztere werden auch von den Kontrollleuten verabfolgt Wilhelmshaven, den 10. Juni 1913.

Wilhelmshavener Straßenbahn, Betriebsdirektion.

Die unten angeführten Firmen
werden ihre Geschäfte vom 15. d. M. an
**des Sonntags, morgens von
9.30 Uhr ab, geschlossen halten.**

Wie bitten unsere werthe Rundschau, ihre Einkäufe bis 9.30 Uhr zu erledigen.

Fr. Stassen. Hinr. Remmers. J. Ehr. Carstens. Adolf Kuhmann. Joh. Ahlers. Brandebusch Kaffeegeschäft (Emmi Hoing). J. B. Harms. Kaisers Kaffeegeschäft. Wilh. Hiarks. Rechenbach. R. Weiland. R. Lösch. Adolf Itzen. H. Christoffers. H. Harms. G. Jasper. Frau Meyerhoff. A. Schmidt. K. Lührs. M. Stödesand. J. Dickmann. B. Bruns. E. Cletjen. E. Ahrens. A. Gruner. H. Peters. Jos. Schliche. Ch. Kramer. Wulffers. Wifferts. H. Zaage. D. Harms. H. Cuddesing. C. Buss. Joh. Figue. Ch. Rosendahl. H. Miosch. E. Mund. H. Wäcken. M. Röden. B. Ahlrichs. Emma Pape. Otto Mierau. H. Folkens. W. Klindworth. W. Kleinhaus. Ludw. Dierks. G. Weiland. Frau Esen. E. Rehbeck. M. Rettberg. E. Eggers. F. Glowacki. Joh. Krieger. Frau Reiners. A. Eilers. H. Letfers. Fr. Dopheide. El. Rittberg. H. Pannbacher. C. Caddiken. H. Eden. Ch. Thomas.

TRAUER

Kostüme • Kleider
Blusen • Röcke
Jupons
stets grosses Lager
Aenderungen werden sofort gemacht

WALLHEIMER

Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Butjadingen.
Som 9. bis 13. Juni:
Hebung der Beiträge
Der Rechnungsführer.

Gewerkschafts-Karte Emden.
Freitag den 13. Juni cr.
abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung im Hotel Bellevue.
Der Vorstand.

Zu verkaufen
wegen Wegzug 3 Bettstellen, eine Kommode, 1 Kleiderschrank, mehr Stühle usw. Kanalweg 1, 1 Tr.

VARIETE THEATER
ADLER

Sensationeller Erfolg
des Fritz-Steidl-Ensembles.
Letzte Woche!
Nur noch 3 Mal!

Halloh!!

Die grosse Revue.
Anfang 8.25 Uhr.
Dienstag und Freitag:
Rauchfreie Abende.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Halle Rüstingen-Wilhelmshaven
Freitag den 12. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
in Zedewassersaal
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Wegen großer Wichtigkeit einzelner Punkte der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtl. Kollegen notwendig.
Der Vorstand.

Bauarbeiter-Verband
Zweigverein
Wilhelmshaven-Rüstingen.
Achtung!! Achtung!!
Freitag den 12. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
findet in Zedewassersaal unsere
Bauarbeiter-Versammlung
statt. Die Delegierten von der neuen Zedewassersaal sind hierzu ganz besonders einzuladen.
Der Vorstand.

Gemeins. Ortskrankenkasse der Schuhmacher von Wilhelmshaven und Rüstingen.
Zu dem am 16. Juni bei Rath, Grenzstr., anberaumten
General-Versammlung der Illig-Ortskrankenkasse
wird jeweils Besetzung der neuen Schlangen werden die Mitglieder eingeladen.
Satzungsanträge können Mitglieder, welche Interesse daran haben, im Rathenlokal, Bahnhofstr., bekommen.
Der Vorstand.

M.-L.-B. Vorwärts
Rüstingen.
Sonntag den 14. d. M.
abends 8 1/2 Uhr:

Jubiläums-Feier
für E. W. Kaiser Wilhelm II.
im „Friedrichshof“.
Eintritt frei.
Sonntag den 15. d. M.
Wanderfahrt
in die Friesische Wehde.
Abfahrt 6.25 Uhr von Rüstingen.
Hohe Beteiligung wünscht
Der Turnrat.

Bauverein Sande.
Die Hebung der Beiträge für den Monat Juni findet statt am Sonntag den 15. Juni cr. für Rüstingen im „Wäldergarten“ (Wäldchen), von 9-10 Uhr vorm., für Sande von 4-6 Uhr nachm. bei B. H.
Der Vorstand.

Achtung!

Freie Turnerschaft Sande
und Umgegend.
Freitag den 13. Juni cr.
abends 8 1/2 Uhr:
Halbjährliche General-Versammlung
im Vereinslokal.
Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig.
Der Vorstand.

Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg.
Am Freitag den 20. Juni cr.
abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
in der Union, Heiner Gaal.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage pro 1912.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Beratung u. Beschließung über die neuen Satzungen der Kasse.
4. Berichtverlesen.
Oldenburg, den 9. Juni 1913.
Der Vorstand.
Zagl. Irthmer Schiffstr.

In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

ausstehenden Soldaten besser vor Misshandlungen geschützt sind. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

denn Sie (zu den Sozialdemokraten) haben die Armeesoldaten mit Ihnen ganz speziellen Hofrecht. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Die Decretverwirklichung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, jenseit es sich um Schaffung neuer Herrschaftsverhältnisse handelt, ist beim Antikriegsminister Reichman so unangenehm, dass er nicht immer auf die bestmögliche Erklärung verzichten kann. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10) In den Kreisen der Reichswehrmilitärei sollen zu können. (S. 10)

Der Untergang der Anna Hoffmann.
Erzählung von Gustav Frenssen.

Der Kapitän zog die Augenbrauen hoch und starrte mit allen heißen Fingern gegen seine Braut: „Auch als ich?“
Karl Kröger sagte: „Natürlich, Kapitän; denn sonst würden Sie sich nicht über ihn wundern.“
Kapitän Woffmann scherte sich ab und sagte: „Was man doch von so einem jungen Enkel lernen kann!“ Dann fehrte er sich noch einmal wieder zu ihm und sagte nachdrücklich und mit großen runden Augen, und die Finger gegen die Braut: „Ich will dir mal was sagen: Ich verbinde diesen Menschen, diesem Orakel, jeden Morgen die Augen; ich sehe ihm jeden Morgen die Augen. Ich allein! Ich allein habe seine Augen gesehen, soviel man davon leben kann; denn sie sind noch ziemlich verdorren. Wenn der Mensch das sieht, was ich sehe?“
Karl Kröger sah nach dem Kommando, riefte das Ruder ein bisschen zurück und sagte gleichmütig: „Ich kümmere mich nie um die Augen von Mannsleuten, sondern bloß um die Augen von Mädchen; aber wenn Sie sagen, daß seine Augen schlecht sind, glaube ich es ohne weiteres; und dann ist es eine schlimme Sache. Denn die Augen sind ein Schlüssel in der Haut und zeigen, was drin ist; und es kann kein Mensch aus seiner Haut.“
Kapitän Woffmann schüttelte wieder den Kopf über diesen wunderlichen Satz und trat zu dem alten weisheitsreichen Kapitän des Rorwegers und verfuhrte, ihm von seinen Notizen zu erzählen; dem da, dem Schmunden, mit dem rotblonden Haar und der Ofenmaske, der in allem so ein hitziger Mensch wäre und besonders heiß auf Recht und Ordnung. Mit vieler Mühe gelang es ihm, dem Alten die Sache klarzumachen. Als er es aber begriff, drückte er Kapitän Woffmann die Hand und schüttelte sie heftig.
Als Karl Kröger am andern Tag allein an der Logierwand stand und in aller Gemächlichkeit an Blankenfe und

was da herumliegt, dachte, trat Jan Guldt zu ihm und sagte mit seinem kühnen, bodenmütigen Kopfschütteln: „Run ist er soweit! Er hat mir gestern gesagt, daß ihm die Geschichte von damals, von der Bräute, sehr lieb ist. Er kann nicht begreifen, sagt er, wie er, wie er so hat sein können, da ich ihm doch nie, auch nur das geringste, zuleide getan habe. Siehst du? Wenn man nur will!“
Karl Kröger hob die Schulter und sagte bedenklisch: „Wenn es nur wahr ist, Jan Guldt! Der Alte ist der einzige, der keine Augen gehen hat; und der sagte: sie sind nicht gut. Wenn die Sache nun nicht am Ende schier geht und der Alte zuletzt seinen dummen Schindl anbringen kann, den er immer im Mund führt: Gott! ich mir lustig zu gedank!“
Aber Jan Guldt schüttelte bodenmütig den Kopf und sagte: „Der? ...“ so als wenn Kapitän Woffmann in solchen Sachen nicht bis drei zählen konnte.
Als sie nun in Sidsen ankam, gingen die Rorweger von Bord. Der alte weisheitsreiche Kapitän, sein Neues Testament in der Seitenhülle seines blauen Jacketts, ging her zu dem jungen Mannschaff herum und gab allen die Hand. Als er zu seinen fünf Notizen kam, frisch er ihnen über die Hände und sagte, er wäre bei seinem Alter so freilich reif und fertig für die andere Seite; aber seine alte Frau würde sich doch sehr freuen, daß er wiederkäme.
Sie lachten alle fünf und sagten: „Hallo, Kapitän! Hören Sie man ruhig wieder los! Wir holen Sie wieder heraus.“
Er schüttelte lächelnd den weichen Kopf über ihren gutmütigen Hebermut. Dann sah er Jan Guldt an und sagte ernst-gütig und mit großem Raddruck: „Du mußt noch lernen, genau hinzusehen, mein Sohn, wie die Welt ist. Sieh, es gibt drei davon: eine in unserem Kopf, die uns gehört, und eine draußen um uns, die den Menschen gehört, und eine, noch wieder ganz andere, die Gott gehört. Du denkst und lebst nur die deine; du mußt mehr auf die beiden anderen adien!“
Aber Jan Guldt war viel zu sieghaft und glückselig; er hörte gar nicht, was der alte Rorng sagte. Er lachte und

lachte bodenmütig-freudig: „Ich finde mich schon zurecht, durch alle drei, Kapitän.“
Da ging der Alte kopfschüttelnd und bekümmert von Bord.
Nach einer Weile kam der Lazarettwagen, um den Verwundeten zu holen. Er wurde von einigen Leuten, die sich wunderten, daß er so gut markieren konnte, über den Steg und an Land geführt. Als er drüben, an dem Ende des blauen Wagens stand, listete er die Hände und sah leuchtend, mit glühenden Augen, nach dem Transport nichts als er Jan Guldt, der von dem ganzen Transport nichts gemerkt hatte, an der Luke entbedte, ludte er laut und grell: „nou so, wie er vor Jahren auf der Blankenfeer Bräute gelodt hatte, und rief laut hinüber: „De ... Du! Jan Guldt ... De ... Du Narr!“
Jan Guldt hörte endlich, es sich, und wandte sich zu ihm und weitete die Augen.
„Wensch!“ schrie der andere. „Bist du dummi!“ Und lachte, und schlug sich den Schenkel und schmierte die Stirn des Wagens zu, und lief davon.
Kapitän Woffmann schrie in hohem, jubendem Ton vom Achterdeck herab: „Gott! ich mir lustig zu gedank!“ Karl Kröger sprang den Steg entlang, um die Jagd auf den Schurken zu verlieren. Zwei andere schrien, indem sie schon vorwärtsliefen: „Er flopte sich auf die Tafel, Jan Guldt! Sieh nach seiner Risse, Wensch! Er loben heute morgen, wie er darin frunkte.“ Und machten sich über dem Laufsteig, Karl Kröger nach, auf die Jagd.
Jan Guldt griff sich mit den Händen in sein rotblondes Haar und ging dann wie ein Rindwambler, die Hände voraus, nach der Lazarettkammer, öffnete seine Risse, und suchte und suchte. Er fand von all dem Geld, das er sich übergepart hatte, nicht einen Pfennig mehr.
Er stand wieder auf und wollte an die Tür treten und sagte mehrmals mit einseitiger Stimme, wie für vor Verwunderung, leise, wie zu sich selbst: „Das gibt es ja gar nicht! Das gibt es ja gar nicht!“ Dann aber schrie er plötzlich in vollem Gorn auf und schlug mit den Fäusten gegen die Tür und fluchte in wilden Worten. Kapitän

mäßige Zustimmung des Landtages gefunden hat, wird ver-
funden werden, sobald der förmliche Abluß erfolgt ist.

Die Staatsregierung hat aus den bei der Verhandlung
im Landtage vorgebrachten Gründen Bedenken getragen,
dem Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum zur
Abänderung der Geschäftsordnung des Land-
tages mit dem vom Landtage beschlossenen Änderungen
ihre Zustimmung zu erteilen.

Dem Erlaß des Landtages entsprechend wird die
Frage der Einführung von Bauüberwachungs-
stellen für die Abgeordneten an Stelle von Tagelöhnern ge-
prüft werden.

Das Erlaß des Landtages, halbseitig und womöglich
der nächsten Versammlung des Landtages neue Bestimmungen
über die Bewilligung von staatlichen Beihilfen zu den
Kosten der Volkshausbauten vorzulegen, soll ge-
prüft werden.

Die der Staatsregierung zur Berücksichtigung über-
wiesene Petition des Hauptvereins Oldenburg des Evan-
gelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Inter-
essen um baldmöglichste Anerkennung des Refor-
mationsfestes als gesetzlichen Feiertag
unterliegt der Prüfung.

Die vom Landtage ausgesprochenen Wünsche in Bezug
auf die Ausführenden Vorarbeiten zu dem Gesetze für das
Herzogtum Oldenburg, betreffend ärztliche Überwachung
der Schulkinder, werden, soweit möglich, berücksichtigt
werden.

Dem vom Landtage an die Staatsregierung gerichteten
Erlaß, der nächsten Versammlung des Landtages mit-
zuteilen, welchen Anfall die Kosten der drei Landessteu-
erschätzungen durch Einführung des Notariats erleiden
werden, wird, soweit möglich, entsprochen werden.

Dem gelegentlich der Ablehnung der Verstaatlichung
des Landesgewerbetriebs gestellten Erlaß des Land-
tages, seiner nächsten Versammlung geeignete Vor schläge
hinsichtlich der Fürsorge für das Kunstgewerbe zu machen,
wird entsprochen werden.

Dem Erlaß des Landtages, zwecks anderweitiger
Regelung der Zuschläge zur Brandfallversicherung für kleine
Reihenbauten und für benachbarte Hauptgebäude, sobald
als möglich eine Revision des Brandfallgesetzes in die
Wege zu leiten, kann erst entsprochen werden, wenn sich
die Wirkung der durch das neue, erst mit 1. Januar 1912
in Kraft getretene Brandfallgesetz eingeführten Gesetzen-
klassen besser übersehen läßt, als dies jetzt möglich ist.

Die Petition des Verbandes oldenburgischer
Nordseebäder und Ruffurorte um Bewil-
ligung einer Unterabteilung aus der Landeskasse zur För-
derung der Verbandsbestrebungen hat dadurch ihre Erledi-
gung gefunden, daß die erbetene Unterabteilung aus den
Amtsverordnungsstellen gewährt werden soll. Der Ver-
band ist mit entsprechendem Bescheid versehen.

Dem Erlaß des Landtages um Prüfung, ob eine an-
gemessene Erhöhung der Verpflegungssätze
in der Heil- und Pflanzenschule Wehnen, ins-
besondere in der ersten und zweiten Klasse, zweckmäßig
erscheint, soll entsprochen werden.

Den der Staatsregierung zur Berücksichtigung über-
wiesenen Petitionen, betreffend das Dienstverhältnis
und die städtischen Zulagen der Hauptlehrer
in Rüstingen, betreffend das Dienstverhältnis des
Hauptlehrers Grovemann in Remede und betreffend Fest-
stellung des Höchstgehalts des Hauptlehrers Fortmann in
Cloppenburg, kann aus dem im Landtage dargelegten Grün-
den nicht entsprochen werden.

Aus Anlaß der der Staatsregierung vom Landtage zur
Berücksichtigung überwiesenen Petition der Gemeinde
Oldenburg, betreffend Uebertragung der Hebung
der Staatssteuern, sind Verhandlungen mit der ge-
dachten Gemeinde eingeleitet.

Die vom Landtage aufgeworfene Frage, ob zweckmäßig
in die zu erwartende Novelle zum Einkommensteuergesetz
eine Reduktion der Einkommensteuern unter gleichzeitiger

Aufhebung des § 9 des Besetzungsgesetzes, unterliegt der
Prüfung.

Die auf Erlaß des Landtages angestellte Prüfung,
ob und in welchem Umfange es angängig ist, daß die Staat-
liche Kreditanstalt Kommunalanleihen in Höhe
von 200 000 Mark und mehr verweigert, hat
ergeben, daß eine solche Maßregel nicht notwendig ist, da die
schon erlassenen Vorschriften ausreichen, um eine über-
mäßige Quantität von Anleihen für Kommunalan-
leihen zu verhindern.

Der zur Berücksichtigung überwiesenen Petition des
Vereins der Stationspfortner und Bahn-
steigführer um Gewährung einer einmaligen außer-
ordentlichen Gehaltszulage von 100 Mark hat aus den
wiederholt eingehend mitgeteilten Gründen keine Folge
gegeben werden können.

Ob und inwieweit die Petitionen aus dem Fürstentum
Lübeck, betr. die Zusammenlegung des Provinzialrates und
des Landeskonsults, berücksichtigt werden können, unter-
liegt der Prüfung.

Dem durch Annahme des selbständigen Antrages des
Abgeordneten Steinhilf gestellten Erlaß des Landtages
um Einführung einer Baupolizeiordnung für das Fürsten-
tum Lübeck wird baldmöglichst durch Erlaß einer ent-
sprechenden Regierungsbestimmungen stattgegeben werden.

Alle zwischen der Regierung und dem Landtage verein-
barten Gesetze haben die verfassungsmäßige Zustimmung
des Landesparlamentes erhalten; in erster Linie natürlich das
revidierte Gehaltsregulativ. Es wird zuerst aufgeführt.

Auf den einen oder anderen Punkt des Landtags-
abschlusses werden wir noch zurückkommen.

Oldenburg. Die Mittel für die Krankenver-
sicherung sind bekanntlich von den Arbeitgebern und
den Versicherten aufzubringen, und zwar haben Versiche-
rungspflichtige zwei Drittel, ihre Arbeitgeber ein Drittel
der Beiträge zu zahlen. Die Versicherungsbeiträge müssen
sich bei der Lohnzahlung ihre Beitragsteile vom Lohn
abziehen lassen. Die Arbeitgeber dürfen die Beitragsteile
nur auf diesem Wege wieder einziehen. Unklarheit herrscht
vielfach über die Nachzahlung von Abzügen: sind Abzüge
für eine Lohnzeit unterbrochen, so dürfen sie nach der Reichs-
versicherungsordnung nur bei der Lohnzahlung für die
nächste Lohnzeit nachgeholt werden, wenn nicht die Beiträge
ohne Verschulden des Arbeitgebers verspätet entrichtet
worden sind; bei Dienstboten gelten Abschlagszahlungen
nicht als Lohnzahlungen. Die Beiträge sind bis zur vor-
schriftsmäßigen Abmeldeung fortzuführen. Streitigkeiten
zwischen Arbeitgebern und ihren Beschäftigten über die Be-
rechnung und Anrechnung ihrer Beitragsteile für die
Krankenversicherung unterliegen künftig der Entscheidung
der Versicherungsämter; Streitigkeiten über die Bezahlung
von Eintrittsgeldern sind nicht mehr möglich, da die Er-
hebung von Eintrittsgeldern nach der Reichsversicherungs-
ordnung nicht mehr zulässig ist. Mit dem 1. Januar 1914
tritt deshalb jene Bestimmung des Gewerbevertragsgesetzes
bzw. des Kaufmannsgerichtsgesetzes außer Kraft, nach der
Streitigkeiten über die Berechnung und Anrechnung der
von den Arbeitern bzw. den Handlungsgesellen oder Hand-
lungsgehilfen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge
und Eintrittsgelder zur Zuständigkeit der Gewerbe-
gerichte bzw. der Kaufmannsgerichte gehörten. Dieser Neuordnung
entsprechend müssen auch die Statuten der bestehenden Ge-
werbe- und Kaufmannsgerichte abgeändert werden.

Der Schiffsverkehr im hiesigen Hafen ge-
staltete sich nach dem Gemeindefaß folgendenmaßen: Am
Monat Februar sind angekommen 15 Segelschiffe und 46
Rahschiffe mit 155 Mann Besatzung. Abgegangen sind 17
Segelschiffe und 49 Rahschiffe mit 161 Mann Besatzung.
Im März sind angekommen: 19 Segelschiffe und 66 Rah-
schiffe mit 206 Mann Besatzung; abgegangen sind 15 Seg-
schiffe und 64 Rahschiffe mit 186 Mann Besatzung. Im
Monat April kamen an 23 Segelschiffe und 90 Rahschiffe

mit 30 Mann Besatzung; es fuhren ab 24 Segelschiffe und
88 Rahschiffe mit 297 Mann Besatzung. Die Ladung der
ankommenden Schiffe in den Monaten Februar, März, April
betrug 25 052 To., der abgehenden Schiffe in dieser Zeit
5 419 Tonnen.

Die Generalversammlung des Sozial-
demokratischen Wahlvereins für das Fürsten-
tum Lübeck fand am 1. Juni in Ahrensbülk statt. Die
Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 18 Delegierten;
außerdem waren anwesend drei Mitglieder vom Zentral-
vorstand, ein Mitglied der Kontrollkommission, Genosse W.
Brecour-Riel als Mitglied der Begleitkommission und Genosse
Stelling-Lübke als Reichstagskandidat. Nach dem Bericht
des „Lübecker Volksboten“ ist die Mitgliederzahl etwas
zurückgegangen. Während 1912 1144 Genossen und 206
Genossinnen aufzuzählen waren, besetzte sich diese Zahl
im Berichtsjahre auf 1076 Genossen und 243 Genossinnen.
Gewerkschaftlich Organisierte waren im Berichtsjahre 2177
vorhanden. Zum Teil liegt der Rückgang in einer in
mehreren Orten vorhandenen Arbeitslosigkeit, zum Teil in
persönlichen Streitigkeiten. An der Hand der Mitglieder-
zahlen in den einzelnen Orten besprach der Berichterstatter
die Ursachen des Rückganges und gab der Erwartung Aus-
druck, daß die Genossen alles daran setzen, um die Scharte
wieder auszuweihen. Für die Parteipresse ist an mehreren
Orten eine rege Agitation entfaltet worden. Die Zahl der
Leser des „Volksboten“ stieg von 892 auf 969, der
„Arbeiterjugend“ von 33 auf 56, während die „Gleichheit“,
Abonnement von 79 auf 68 zurückgingen. Scharf gerügt
wurde im Bericht, daß in einzelnen Orten die Genossen
die bürgerliche Presse durch Abonnement und sogar durch
Inserate unterstützen. Der Lokalmangel macht sich immer
mehr fühlbar; die Gegner hoffen, aus durch das Abstreifen
von Lokalen lahmzulegen. Der Frauenrat wurde durch
vier Versammlungen begangen. Gegen den Rüstungs-
maßnahmen protestierten eine Anzahl Versammlungen. Die
Gemeindevertreterwahlen brachten uns gute Erfolge. Neu
erobert wurden in Ahrensbülk 2, in Cutin-Hand 3 und
West-Ratkau 2 Mandate. In einer Gemeindevertreter-
konferenz wurde zur Schulfrage und zum Armen-
und Waisenwesen Stellung genommen. Die Kaiserin wurde in
Stoddsdorf, Schwartau und Cutin durch Arbeitsbesuch
begangen. Jugendorganisationen bestehen in Stoddsdorf
und Schwartau, an den gleichen Orten sind auch Kinder-
schutzkommissionen vorhanden. Nach dem Rassenbericht befreiten
sich die Einnahmen der Zentralstelle im Berichtsjahre
(1. Juli 1912 bis 31. März 1913) auf 3921,76 Mk., die
Ausgaben auf 3624,76 Mk., so daß ein Restbestand von
297 Mk. vorhanden ist.

Delmenhorst. Handlungsgesellen und Ge-
hilfen! Der Zentralverband der Handlungsgesellen
hat zum Donnerstag abend 9 Uhr nach dem Lokal Sud-
manns Hotel eine öffentliche Versammlung einberufen. Der
Referent, Kaufleiter Knoll-Hamburg wird einen Vortrag
halten über das Thema: „Wie kommt es, daß uns im
Gegensatz zur übrigen Bevölkerung immer noch nicht ein
freier Tag in der Woche gewährt wird? Wie können wir
die völlige Sonntagruhe erreichen?“ Es ist Pflicht eines
jeden Angestellten, mündlichen wie schriftlichen, in dieser
wichtigen und aktuellen Versammlung zu erscheinen!

Nordenham. Zur Vornahme der Impfung bzw.
Nachschau der in 1901 und 1912 geborenen, in diesem
Jahre impfschuldigen Kinder, sowie die noch impfschuldigen
Kinder aus früheren Jahren sind folgende Termine an-
gesetzt: 1. Für den Schulbezirk Arens in Witters Gasthaus
zur Impfung am Montag den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr
und zur Nachschau am Montag den 30. Juni, nachmittags
4 Uhr. 2. In der Südschule für sämtliche Wiederimp-
fungen der Stadtgemeinde Nordenham, außer Arens, zur
Impfung am Dienstag den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr;
zur Nachschau am Dienstag den 1. Juli, nachmittags
4 Uhr. 3. Für die Schulbezirke Südschule und Hafenschule

Hoffelmann schrie und jubte: „Viel zu hüßig! Sacht!
Sacht!“

Aber er hörte es nicht; er war zusammengefallen und
stöhnte und schrie.

Karl Kröger, der zurückgefallen war, als er das
wilde Schreien hörte, fand totenselbst da und sagte leise mit
zitternder Stimme, während das Stöhnen des Unglücklichen
um sie klang: „Er jammert nicht um sein Geld, Kapitän,
sondern weil ihm das mit dem Menschen mißfällt ist. Ich
globe Ihnen: er ist so wild nach dem, was er für Recht hält.
Er kann es nicht vertragen, daß ihm dies schief gegangen
ist.“

4. Kapitel.

Als sie von der weiten Reise nach Hamburg zurück-
kehrten, nahm Van Guldt von allen Abschied, auch von Karl
Kröger, der schon nach einigen Tagen auf einem neuen
Schiff wieder in See ging; und ging — es war am späten
Aben — nach Blankensee hinaus.

Er rüttelte aber vergebens an der Türklinke und klopfte
vergebens ans Küchenfenster. Nach langem finstern Kop-
fschütteln entdeckte er ein großes graues Stück Wappe an
einem Tau von der Klinke herabhängen, zog Streichhölzer
hervor, machte Licht und las: „Deine Mutter ist vor vier-
zehn Tagen gestorben. Da sie acht Wochen lang krank war,
Pflege, Arzt und Medizin gebrauchte, ist ihr Vermögen
darauf gegangen, so daß du nichts zu erben und zu fordern
hast. Im Namen der Familie: Tobias Guldt, der Ältere,
an der Sechslingstreppe.“

Er stand einen Augenblick unbeweglich und horchte in
die kleine Wohnung hinein, als wäre es nicht wahr, als
würde gleich der leise Schritt hörbar und das zögernde, mis-
trauische Zurückziehen des Schotts; und dann würde eine
magere steife Hand sich einen Augenblick auf seinen Arm
legen, und es würde ihm wieder ein lächerlicher Schauer den
Arm hinauflaufen, bis in die Brust, und das Herz in der Brust
beiß aufkämpfen. Aber es geschah nichts. Da ließ er die
Klinke, die er wartend in die Hand genommen hatte, los,
und stand da, und suchte zu begreifen, daß die Mutter nun
nicht mehr in der schönen warmen Erde seines Lebens lände,

und daß er auf der Welt ohne Heimat wäre. Er lehrte sich
ab und ging in der hellen Nacht langsam, den Kopf gebeugt,
den Strandweg entlang, kletterte die steile Baurstreppe
hinauf, und meinte dort, wo von beiden Seiten das dicke
Gebüsch herüberstrahlte, so lange, bis er kalt war; und ging
wieder nach Hamburg.

Am anderen Tag ging er nach Altona und meldete sich
für die Schule an, wie er von Anfang an, da er kein Geld
noch besah, gewollt hatte. Dann kaufte er sich alles, was er
notwendig an Servietten, Zeidenwaschen, Büchern, Papier, und
dergleichen brauchte, und verwendete daran alles Geld, das
er hatte. Es war ihm aber in seiner Wut gegen Gott
und Welt genug und klar: daß er auf jeden Fall die Sache
durchsehen wollte, und wenn er sich zu Tode hungern und
wachen sollte.

Er hatte sich überlegt, daß er sich irgendwo, in der
Nähe der Schule, irgendeine Arbeit suchen müßte, die ihm
Essen und Quartier brachte, und machte sich sofort — es war
Spätnachmittag — auf die Suche. Er ging durch einige
Strohen und sah in etliche Höfe, in denen gearbeitet wurde;
aber er sah, daß jede Arbeit ihren Mann hatte, und unter-
ließ das Fragen. Und das Unternehmen schien gleich am
Anfang völlig zu mißlingen.

So kam er aus Altona heraus in die Gegend von
Develand, wo damals noch, über den kleinen schräg-
ansteigenden Gärten, eine Reihe alter Strohdächer stand.
Eines davon, das heute noch steht, ist besonders alt und
niedrig, und ist dadurch ausgezeichnet und jedermann wohl-
bekannt, daß dicht vor ihm, auf einer rötlichen Felsplatte, eine
alte Kanone steht, die mit ihrer Mündung über den Hofen
sieht.

Als er nun die holperige Straße entlang ging, sah
unten am Weg, unter dem Haus mit der Kanone, auf einer
braunen Goldsand, eine kleine alte Frau, ärmlich gekleidet,
und strichte mit schweren und trummern Arbeitshänden an
einem dicken blauen Strumpf. Er sah sich um, ob kein
Mensch in der Nähe wäre — denn er schämte sich, mit der
armen alten dicken Frau zu sprechen — und tat dann
rauh seine Frage: ob sie wohl wüßte, — er et was täglich

für einige Stunden Arbeit fände. Sie sah auf und sah neu-
gierig in sein kühnes Gesicht, verstand ihn nicht ganz, rüttelte
ein wenig zur Seite und logte mit der bedächtigen Ruhe
des Alters: „Seh' dich und erzähl' mir, was du von mir
willst.“

Er mußte sich also setzen, und erzählte kurz und deut-
lich, wobei er immer auf seine Arme schlug, wie er schimm-
ern würde und Arbeit fände. Es wurde ihm nicht so
bitter, es ihr zu sagen, da sie ihm mit ihrer kurzen dicken
Figur so wunderbar erschien, so als wenn sie etwa Rotkopfs-
mens Großmutter wäre, oder sonst irgendeine Person, die
mit dieser Zeit und Not nichts mehr zu schaffen hatte. Sie
strichte indes ruhig fort und sah nur dann und wann auf,
und nach dem Ende des Redes, als er sagte, sie jemanden,
Hast du denn keine Eltern mehr?“ fragte sie.

Er sagte, daß die Mutter eben gestorben, der Vater
aber als junger Mann, ebenso wie früher der Großvater,
auf einem Hollmannschiffe geblieben wäre. „Der Groß-
vater hat lange für die Hollmannen gearbeitet.“

„So, so,“ sagte sie. „Weide auf Hollmannschiffen ge-
blieben! Ja, ja... die haben viele Menschen um ihr
Leben gebracht! Ja... ja! Aber was können sie dafür?
Der eine Mensch hat diese Natur, der andere jene. Unser
Herrgott muß mit ihnen alle aufkommen; denn müssen
wir es auch.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Karl Schöberl: Tiroler Bauernschwänke. In der
Sammlung der Weinbühler ist ein neuer Band erschienen. Das
Buch bringt fünfzehn schwärzliche Tiroler Erzählungen aus der
Feder des bekannten Schriftstellers. Die Sachen sind nicht neu,
ja, wie der Verfasser in einer Vorrede bemerkt, sind es die
meisten derselben bereits vor zwanzig Jahren. Trotzdem haben
sie nichts von ihrer Frische eingebüßt und ist die Zusammen-
fassung der lustigen Geschichten in einem billigen Buch ebenso
zu begrüßen, wie feinerzeit die Thoma-Bücherei. Wer sich ein
paar frische Stunden goldenen Damers verschaffen will, der darf
die netten Sachen des geistreichen Dichters lesen. Das Buch kostet
1 Mark.

Baldere Diagonalen.

Baldere Diagonalen sind bei Rezipienten der ...

Die Jahre der Vannanoten.

Am 25. September d. J. wird das Wandern der ...

Die Scherze der Erwahlten.

Der ewigliche Scherz der Erwahlten, der im ...

Die verirrte Träne auf der Festlichkeit.

Wieder im ... der ...

werden. Gegeben hat die Festlichkeit auf ...

Schüler im Dienste der Veste.

Was den Besuch der ...

Reisende in Kabinen.

Ein Hund von großer ...

Humor und Satire.

Ein ...

Was Erden.

Was Erden ...

Wunderbare ...

Wunderbare ...

Was ...

Was ...

Sätze.

Sätze ...

Verweise.

Verweise ...

Wiederholungen.

Wiederholungen ...

Northdeutsches Volksblatt Unterhaltungs-Beilage. 11. Jahrgang. Nr. 25.

Lied vom Schuft.

Von ...

Ein armer Teufel ist der Schuft, Er ...

Der Weibertag.

Einmal im Jahre führen die Weiber die ...

Darum handelt und lacht von dem ...

Beschreibungen ...



